



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 150. Ratssitzung vom 9. Juni 2021

4040. 2019/296

Interpellation von Susanne Brunner (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 26.06.2019: Besetzung des Pfingstweidparks durch Protestierende gegen die Asylgesetzrevision, rechtliche Grundlagen und Kriterien für den Entscheid der Duldung der Besetzung, für die Auflösung von illegalen Partys und für das Eingreifen bei Lärmklagen sowie Kriterien hinsichtlich der Abgabe von Nahrungsmitteln im Rahmen von legalen und illegalen Anlässen

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 796 vom 2. September 2020).

Susanne Brunner (SVP) nimmt Stellung: Diese Interpellation erhielt von den Parlamentsdiensten nicht nur einen sehr langen Titel, sie brauchte auch sehr lange, bis sie es in den Rat schaffte. Das liegt nicht etwa an der langen Traktandenliste. Die Interpellation musste sich gegen die «Genderpolizei» wehren. Sie versuchte mehrfach, den Vorstoss abzufangen. Gut, dass das nicht gelang. Wir können darum heute über die Interpellation diskutieren. Sie befasst sich mit der illegalen Besetzung des Pfingstweidparks vom 24. bis zum 26. Mai 2019. Die Anwohner wurden zwei ganze Nächte lang in ihrer Nachtruhe gestört. Der arbeitenden Bevölkerung steht die Nachtruhe zu – gerade am Wochenende, während dem die Erholung möglich sein sollte. Die Antwort auf unsere Interpellation zeigt dreierlei. Erstens ist sie widersprüchlich. Die Entsorgung der 1,5 Tonnen Abfall und die Graffiti-Entfernung kosteten 54 000 Franken. Der Stadtrat hält fest, dass die Täterschaft nicht ermittelt werden konnte. Gleichzeitig hält er aber auch fest, dass er die Besetzer machen liess, gestützt auf einer Lagebeurteilung vor Ort und der Abmachungen mit einer Ansprechperson. Die Stadtpolizei kommunizierte also mit den Besetzern, sie hatte eine Ansprechperson und sie weiss am Ende aber nicht, wer die Täterschaft ist. Das sehen wir als Widerspruch. Mehr hätte getan werden können, wenn der Willen vorhanden gewesen wäre. Die Täter kamen so ungeschoren davon, der Schaden trägt der gesetzestreue Steuerzahler. Zweitens akzeptiert die Exekutive gesetzeswidrige Zustände. «Die Tolerierung einer temporären, politischen Arealbesetzung, wie beim Fall auf dem Pfingstweid-Areal, bringt es mit sich, dass im Rahmen der damit verbundenen Güterabwägung temporär Zustände geduldet werden, die nicht vollumfänglich den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.» Der Stadtrat gibt mit dieser Antwort also zu, dass er einen gesetzeswidrigen Zustand in Kauf nahm. Er liess Leute machen, die sich nicht an Rechte und Gesetze hielten. Mir scheint, dass bei der Sicherheitsvorsteherin «temporär» eine ganz eigene Bedeutung hat. Temporär heisst in diesem Fall zwei Tage und zwei Nächte. Laut Duden bedeutet temporär zeitweilig oder vorübergehend. Ob man darunter zwei ganze Nächte und zwei ganze Tage versteht, darüber können wir streiten. Wenn ein Autohalter temporär die Vorschriften der Parkgebühren nicht korrekt befolgt und sein Automobil fünfzehn Minuten nach der bezahlten Parkzeit noch auf dem Parkplatz steht, erhält er bereits eine Busse. Temporär bedeutet in diesem Fall also etwas ganz anderes. Drittens erkennt man Willkür im Handeln des Stadtrats. Er gibt zu, dass die Besetzung

nicht vollumfänglich den gesetzlichen Vorschriften entsprach. Einschreiten wollte er dennoch nicht. Wie kommt das zustande? Die Vermutung drängt sich auf, dass illegale Aktionen, die in der politischen Ausrichtung beim Stadtrat gut ankommen, nicht aufgelöst werden. Diese illegale Besetzung des Pfingstweidparks ist nur eine Episode in den vergangenen Jahren. Es gab noch mehr Fälle, in denen beobachtet werden konnte, dass bei illegalen Aktionen nicht eingeschritten wurde. Beispiele sind die regelmässigen, nicht bewilligten Velo-Demonstrationen von Critical Mass oder die nicht bewilligte «Back Lives Matter»- Demonstration im Juni 2020. Andere wiederum, die eine Bewilligung für eine Demonstration ersuchen, erhalten keine. Der «Marsch fürs Läbe» erhielt bereits mehrfach keine Bewilligung, obwohl der Stadtrat dafür vom Stadthalter und vom Verwaltungsgericht gerügt wurde. Die Antwort des Stadtrats ist in diesem Punkt und Zusammenhang darum keine Überraschung. Sie ist jedoch erhellend. Er hält schwarz auf weiss fest, dass ihn der Rechtsstaat nicht mehr interessiert. Wir müssen darum nüchtern festhalten, dass die Rechtsstaatlichkeit in der Stadt Zürich akut gefährdet ist. Die Regierung der Stadt Zürich sagte sich bereits mehrfach von Recht und Gesetz los. Die Stadtregierung macht, was ihr gefällt. Wir stehen an einem gefährlichen Punkt: an der Basis unseres Rechtsstaats. Staatliches Handeln ist an das Recht gebunden. Wenn wir die Rechte verlassen, steht der Rechtsstaat auf dem Spiel. Wenn er gefährdet ist, ist der gesamte gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet und in Frage gestellt. Sonst können sich gesetzestreue Bürger zurecht fragen, warum sie sich an Regeln halten sollen, wenn die Regeln nicht für alle gleich gelten. Ich fordere den Stadtrat darum auf, unverzüglich wieder zu Recht und Gesetz zurückzukehren. Ich fordere ihn auf, gesetzeswidrige Zustände nicht mehr zu akzeptieren. Das soll nicht nur für spontane Kundgebungen, Velo-Demonstrationen, Krawalle und illegale Partys gelten, sondern auch für Hausbesetzungen. Denn ein Schelm kann die Interpellationsantwort geradezu als Handlungsanleitung für illegales Treiben in der Stadt Zürich lesen. Zwischen den Zeilen sagt der Stadtrat Folgendes: Erstens ist illegal Trumpf; hole auf keinen Fall im Voraus eine Bewilligung für deine Aktion, deine Party oder deine Demonstration ein, Illegal vor legal. Triff zweitens mit deiner Aktion den Geschmack des Stadtrats. Mach dir das Weltbild von links-grün zu Eigen. Dann lassen sie dich gewähren und die illegale Aktion kann voll durchstarten. Das ist darum auch wichtig, weil du dann die Kosten für die Räumung und andere Folgekosten nicht selbst tragen musst; das macht der Steuerzahler für dich. Mische drittens eine gute Prise Gewaltpotential darunter. Zeige ein gewisses Gewalt- oder Krawallpotential, womit du dem polizeilichen Einschreiten entgehst. Willkür herrscht dort, wo die Rechte abdankt. Das ist inakzeptabel. Auch der Zürcher Stadtrat ist an Rechte und Gesetze gebunden. Ich fordere den Stadtrat auf, Gesetzmässigkeit wieder zum Fundament von seinem Handeln zu machen.

Weitere Wortmeldung:

Urs Helfenstein (SP): Sowohl in der Interpellation als auch in der Schriftlichen Anfrage, die in der vorliegenden Interpellation erwähnt wird, kommen Anwohnende vor. Als einziger Anwohner des Pfingstweidparks hier im Rat nehme ich Stellung als Ohren- und Augenzeuge des Anlasses, der vor zwei Jahren stattfand. Es ist klar, worauf die Fragenstellenden hinauswollen. Aber ich zeige Ihnen auf, dass nicht alles schwarz-weiss ist, sondern vieles im Graubereich. Im Rat wurden die Gegend um den Pfingstweidpark und die



3 / 3

umliegenden Häuser als tot oder als nicht belebt verrufen, was bei weitem nicht stimmt. Das Einzige, worauf das vielleicht zutrifft, ist die «No problems culture»; die Quadratur der Versiegelung. Folgendes geschah: Am ersten Morgen des «Gegenlagers» erwachte ich und als erstes sah ich die Mitteilungen auf meinem Telefon: «Wusstest du davon?» Ich schrieb zurück: «Wovon?». Erst mit einem Blick aus dem Fenster bemerkte ich das Gegenlager. Mir ist Lärm egal als anderen auf meiner Seite. Wenn man in Zürich neben einem öffentlichen Park lebt, sind harte Beats bis spät in die Nacht oft die Norm. Als Technoliebhaber fiel mir im Gegensatz zu vielen meiner Nachbarn nicht auf, dass eine «Party» stattfand. Wenn man am Pfingstweidpark lebt, ist etwas anderes viel lärmiger: das Quietschen der Bahngleise. Ich las das Manifest des Gegenlagers und als linker Politiker sympathisierte ich damit sofort. Ich bin also nicht neutral in dieser Angelegenheit. Aber die Sache liegt im Graubereich. In der Anmerkung im Manifest wird festgehalten: «Das wir ist hier unbegrenzt und so soll auch die Bewegungsfreiheit sein.» Leider wurde das vom Gegenlager nicht vollständig eingehalten. Zwei ältere Mitbewohnende von unserem Haus wollten in das Lager gehen und an einem Workshop teilnehmen; sie wurden nicht reingelassen, was ich sehr schade finde und bedaure. Die beiden schrieben der Stadt einen Brief und erhielten eine Antwort. Sie fiel leider bei weitem nicht so ausführlich aus wie die Antwort auf die Interpellation. Bei allen persönlichen Sympathien für die Anliegen des Gegenlagers: Es würde vielen einfacher fallen, mit der Sache zu sympathisieren, wenn es zu weniger Littering kommt und ein paar Graffiti-Tags weniger entstehen.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat